



Das Personal des öffentlichen Dienstes geht auf die Strasse, um sich Gehör zu verschaffen

Seit zwei Jahren leisten die Freiburger Staatsangestellten einen grossen Beitrag an die Stabilisierung der Kantonsfinanzen. Nun müssen sie leider feststellen, dass ihre Forderungen, trotz ihrer Zustimmung zu Lohnsenkungen, beim Staat auf taube Ohren stossen. Die FEDE und ihre Mitgliedsorganisationen haben beschlossen, erneut die Staatsangestellten zu mobilisieren, um sich bei den Behörden Gehör zu verschaffen. Deshalb findet am 26. Juni 2015 ab 17 Uhr auf dem Georges-Python-Platz eine grosse Demonstration der Staatsangestellten statt.

Die FEDE fordert:

- dass der Staatsrat die strukturellen Sparmassnahmen abmildert und die Gehaltserhöhung statt erst ab Herbst 2016 bereits ab 1. Januar 2016 aus-zahlt
- dass die Behörden keine Sparmassnahmen umsetzen, die die Qualität der Betreuung unserer Kinder infrage stellen
- dass das Pflegepersonal des HFR weiterhin den Status von Staatsangestellten behält, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, die Qualität und motiviertes Personal im Gesundheitswesen fordert

Die FEDE ruft nicht einfach so zur Demonstration auf, sondern hat sehr wohl gute Gründe.

Während der letzten zehn Jahre ermöglichten die verschiedenen Staatsräte jeweils durch ihre Offenheit gegenüber den Forderungen der FEDE einen konstruktiven Dialog. Mit dem aktuellen Staatsrat hingegen hat sich das Gesprächsklima deutlich verschlechtert. Der Staatsrat hört zu und nimmt zur Kenntnis, geht jedoch nicht mehr auf Vorschläge ein.

So hat die FEDE auf vier in ihren Augen entscheidende Dossiers keine konkreten Antwor-

ten erhalten:

- Aufhebung der Sparmassnahmen, die alle Staatsangestellten betreffen
- Aufhebung der Sparmassnahmen im Bildungswesen
- Einsetzung von Massnahmen gegen Belästigung
- Entschädigung für Pikettdienste

Am 29. April haben die FEDE und ihre Mitgliedsorganisationen dem Staatsrat eine Resolution vorgelegt (zum Text der Resolution). Am 8. Mai hat die FEDE anlässlich einer Pressekonferenz bereits die Medien über ihre Position informiert (zum Pressedossier vom 8. Mai). Angesichts der Reaktion des Staatsrats auf die Resolution und der verschiedenen Gespräche zwischen den beiden Partnern seit Anfang Mai ist die FEDE zum Schluss gekommen, dass eine erneute Mobilisierung des Staatspersonals am 26. Juni erforderlich ist.

Die Antwort des Staatsrats auf die Resolution bestand einzig und allein darin, erneut auf die aktuellen und künftigen finanziellen Schwierigkeiten des Kantons hinzuweisen. Diese Antwort ist mehr als unbefriedigend: Der Staats-

rat kann nicht einfach jegliche Verbesserung der Situation der Staatsangestellten einfrieren und sich dabei bloss auf pessimistische Prognosen stützen. Wir möchten daran erinnern, dass der Kanton Freiburg 2014 einen Gewinn von 200'000 Franken erzielt hat, und dies ohne eine Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. In den letzten dreizehn Jahren hat der Kanton bloss ein einziges Mal einen Verlust ausgewiesen, und 2015 wird er fast 50 Millionen Franken von der Schweizerischen Nationalbank erhalten. Weiter ist festzuhalten, dass durch die Nichtgewährung der Gehaltserhöhung im Jahr 2014 dem Staat in den Jahren ab 2016 Einsparungen von rund 100 Millionen ermöglicht werden.

In Anbetracht der Opfer, die das Staatspersonal noch immer bringen muss, erwarten wir, trotz des ständig heraufbeschworenen Schreckgespensts der finanziellen Schwierigkeiten, vom Staatsrat als verantwortungsvollem Partner, dass er auf unsere angemessenen und gerechtfertigten Forderungen eintritt.

Im Interesse der Gesamtbevölkerung

Die Demonstration vom 26. Juni soll eine klare Botschaft an den Staatsrat, den HFR-Verwaltungsrat sowie den Grossen Rat senden. Die Staatsangestellten sind nicht bereit, tatenlos zuzuschauen, wie man sie schröpft.

Zudem sind die FEDE und ihre Partner der Ansicht, dass das, was sich gegenwärtig im öffentlichen Dienst des Kantons abspielt, die ganze Freiburger Bevölkerung betrifft. Denn sowohl bei der Spitalpflege als auch beim Bildungssektor sind zentrale Lebensbereiche der Freiburgerinnen und Freiburger gefährdet: ihre Gesundheit und ihre Bildung. Es geht nicht nur um finanzielle und technische Fragen, sondern auch um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung. Möchten die Freiburgerinnen und Freiburger weiterhin qualitativ hochstehende Pflege? Möchten sie, dass ihre Kinder in der Schule angemessen

betreut werden?

Einige halten die Forderungen der Staatsangestellten für Luxusforderungen. Es gilt, den Angestellten der Privatwirtschaft aufzuzeigen, dass dies nicht der Fall ist. Das Vorgehen der Staatsangestellten sollte als Vorbild dienen. Die Lohnsenkungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst wirken sich nämlich direkt auf den Gesamtarbeitsmarkt aus, denn die Chefs der Privatunternehmen haben dadurch leichtes Spiel, ebenfalls die Löhne zu senken und dies damit zu rechtfertigen, der öffentliche Sektor tue dies schliesslich auch. Die Demonstration soll daher auch ein Zeichen gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Freiburg setzen.

Am 26. Juni lanciert die FEDE zudem eine breite Kampagne zum Erhalt des öffentlichen Spitals, um den Bestrebungen zur Privatisierung des HFR entgegen-zutreten.

FEDE und VPOD

Die Demonstration wird von der FEDE und dem VOPSI organisiert, der VPOD wird jedoch ebenfalls an der Demonstration präsent sein. Die FEDE distanziert sich von den Forderungen, die der VPOD im Rahmen der Demonstration äussert und die nicht direkt die in dieser Pressemitteilung erwähnten Themen betreffen. Zur Erinnerung: Der VPOD hat am 23. April 2015 seinen Austritt aus der FEDE beschlossen.

Der FEDE gehören 25 Verbände und 4'650 Mitglieder an. Sie verteidigt die Interessen der Staatsangestellten des Staates Freiburg. Zu diesem Zweck unternimmt sie geeignete Aktivitäten, die:

- einen starken Service public gewährleisten
- ein hohes Dienstleistungsniveau für die Freiburger Bevölkerung sicherstellen
- angemessene Arbeitsbedingungen für das Staatspersonal garantieren, damit dieses seine Aufgaben effizient ausführen kann.

Kontakt:

Bernard Fragnière	079 707 18 39	Präsident der FEDE
Gaëtan Emonet	079 607 95 52	Co-Präsident der FAFE (DFL-Dachverband der Freiburger Lehrerschaft)
Benedict Tercier	079 938 74 71	Vorstandsmitglied des Polizeibeamtenverbands APPS (Association du personnel de la police de sûreté)
Pierre Horner	079 704 62 22	Mitglied des SBK (Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner)